



RFW-BO Amann:
 Tourismus stärken Seite 3



Draxl: Wirtschaftsbund verschläft
 Handlungsbedarf im Tourismus Seite 13

Wirtschaft aktiv

RING FREIHEITLICHER WIRTSCHAFTSTREIBENDER

Nr. 3a/2009



Erfolg für RFW

**Tourismusabgabe für
 Tankstellen gesenkt**



Matthias Krenn:

„Der Staat muss umgehend die wirtschaftlichen Voraussetzungen schaffen, damit Unternehmen mittelfristig vermehrt Eigenkapital bilden können.“

WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn:

„Entlastungspaket für heimische

Banken ist Augenauswischerei“

Für WKÖ Vizepräsident Matthias Krenn ist das von Wirtschaftsbund-Präsident Leitl präsentierte Entlastungspaket für Banken ein undifferenzierter Lösungsansatz und eine reine Augenauswischerei, die den Unternehmern in keinerlei Hinsicht leistbares Geld bringen wird.

Aufweichung der Basel II Richtlinien bringt keinerlei Entspannung am Kreditsektor

Es muss ohne Tricks und Hintertürchen - mit denen laut Leitl die Basel II Richtlinien gelockert werden sollen - möglich sein, für die heimischen KMU's Kredite bereitzustellen: Einzige Möglichkeit, die Kreditklemme so rasch als möglich zu lockern, ist, dass die Bundesregierung Haftungen übernimmt und mit der nunmehr verstaatlichten Kommunalkredit und dem Austria Wirtschaftsservice (AWS) umgehend den KMU's günstiges Geld schnellstmöglich und unkompliziert zur Verfügung stellt. Die Unternehmerbilanzen der letzten vier bis fünf Jahre bei Kreditanfragen heranzuziehen, bringt keinerlei Garantie für die Wirtschaftstreibenden, leistbare Kredite zu erhalten.

Für Krenn wäre die Haftungsübernahme des Staates ein erster wichtiger Schritt, um der Wirtschaftskrise die Stirn zu bieten. „Der Staat muss umgehend die wirtschaftlichen Voraussetzungen schaffen, damit Unternehmen mittelfristig vermehrt Eigenkapital bilden können. Damit wäre auch die wirtschaftschädigende Abhängigkeit der Unternehmer

erläutert Krenn seine Forderungen zur derzeitigen Kreditsituation in Österreich.

Die schwarze wie auch die rote Unternehmervvertretung in der Wirtschaftskammer versuchen mit ihren unrealistischen Vorschlägen zur Behebung der Kreditklemme zu kaschieren, dass sie sich vor nicht all-



von Banken und politischer Willkür Geschichte und die KMU's würden auf lange Sicht wieder finanziell gestärkt im Wirtschaftsleben stehen,

zu langer Zeit noch für die Einführung von Basel II ausgesprochen und dies als Erfolg für die heimische Wirtschaft verkauft haben.



RFW - Bundesobmann
Fritz Amann:

„Es wird Zeit, dass Österreich aus der Tourismusstarre erwacht und kreative öffentliche Investitionen in die Fremdenverkehrswirtschaft tätigt.“

RFW-Bundesobmann Fritz Amann:

Stärkung des Tourismus - Maßnahmen notwendig!

Der Tourismus als wichtiger Faktor für die Volkswirtschaft wird in Österreich weiter stiefmütterlich behandelt, so der RFW-Bundesobmann, Ing. Fritz Amann.

Die EU macht es vor, wie man Tourismus nachhaltig fördert!

Die sonst so kritische EU als Hüterin des Wettbewerbs duldet stillschweigend Förderungsmaßnahmen des Tourismus in den Mitgliedsländern. Während Österreich offenbar aus dem Winterschlaf nicht erwacht ist oder schon wieder dort angekommen ist, fördert Spanien etwa die Flugreisen in sein Land, indem man die Flughafengebühren ab einer gewissen Zahl streicht, während in

Österreich diese noch erhöht werden. Ungarn verzichtet auf die Busmaut wenn man Touristen ins Land bringt, in Österreich denkt man über eine Erhöhung nach. Ein kleines Land wie Zypern stellt dem Tourismus zusätzlich 51 Mio. Euro für Werbemaßnahmen zur Verfügung, während man die Mittel der Österreichwerbung ein bisschen aufstockt. Und dann wundert man sich, wenn die Sommerbilanz im Tourismus nicht stimmt!

Die Bundesregierung hat auf allen Ebenen versagt. Man hat die Tourismusbranche sogar noch behindert. Während man in den Nachbarländern Fördermaßnahmen gesetzt hat, damit zusätzlich Gäste ins Land

kommen, hat man mittels Antikorruptionsgesetz der Tourismusbranche einen weiteren Schaden zugefügt. Essenseinladungen, Kultur- und Sportveranstaltungen, sowie Einladungen zu Events wurden verunmöglicht.

Das Loch, das durch die ausbleibenden Gäste aufgrund der Wirtschaftskrise entstanden ist, konnte wegen bürokratischer bzw. finanztechnischer neuer Hürden nicht gefüllt werden. Damit hat man diese wichtige Branche nachhaltig geschädigt. Es wird Zeit, dass Österreich aus der Tourismusstarre erwacht und kreative öffentliche Investitionen in die Fremdenverkehrswirtschaft tätigt, schließlich profitieren alle davon.

Lehrstellenproblematik: SPÖ hat keine Lösungskompetenz!

Die SPÖ hat nicht nur in der Integrationspolitik, sondern speziell auch in der Jugendarbeitspolitik keine Antworten auf die wirklichen Fragen und daher ist es auch kein Wunder, dass die Sozialisten bei sämtlichen Wahlgängen vom Wähler massiv abgestraft wurden.

SPÖ fehlt der Durchblick in Sachen Verbesserung der Lehrstellenmisere!

BO Amann dazu: „Wer angesichts der Talfahrt der betrieblichen Lehrstellen Lobesworte für das Jugendbe-

schäftigungspaket der Regierung findet, der handelt grob fahrlässig. Unverschämte wird es aber dann, wenn man der Wirtschaft den Schwarzen Peter zuschiebt und sich selbst als die Bewahrer der überbetrieblichen Lehrstellen sieht, welche nur die zweite Wahl in der notwendigen Ausbildungsqualifizierung für den Aufschwung sind!“ Dabei wäre es für die Sozialisten ein Leichtes gewesen, die Antworten auf die echten Probleme zu finden. Sie hätten nur bei ihrem ÖGB Kollegen Loacker im Ländle

nachfragen müssen, dann hätte er ihnen erklären können, dass die Abschaffung des Blumbonus, sowie die Einsparung von Egon Blum als Regierungsexperte den massiven Wegfall von betrieblichen Lehrstellen mitverantworten hat. In einer in Wirtschaftsfragen völlig inkompetenten Partei wie der SPÖ wäre das Wissen von Experten so nötig wie ein Bissen Brot. Solange die Einsicht aber nicht vorhanden ist, sollte man besser schweigen als Unternehmerdiffamierung zu betreiben.

RfW Obmann Winfried Vescoli richtet einen Appell an die Tiroler Regionalbanken: Lasst unsere Unternehmer nicht mit einer verfehlten Kreditvergabepolitik im Stich!

Kreditklemme: Die Kleinen zahlen die Zeche

Derzeit hört man von vielen Unternehmern, dass sie sich bei ihrem Bankbesuch wie Bettler fühlen.

Statt den vielen kreditsuchenden Unternehmern mit profunder Beratung zur Seite zu stehen und die in vielen Fällen notwendigen Kredite zu gewähren, halten die Banken ihr Geld zurück. Hausbanken verströmen ihre Kunden oft monatelang und verweigern Kreditvergaben, bis es zu spät ist.

Was die Großen verzocken – wird bei den Kleinen gespart!

Unter den Auswirkungen der Wirtschaftskrise haben alle zu leiden. Doch nicht die vielen Kleinunternehmen in Österreich haben die Krise verursacht, sondern unter anderem die Spekulationspolitik so mancher Banken und Großunternehmen. Wie soll aber ein mittelständischer Unternehmer verstehen, dass seine Bank zwar die Haftungsübernahmen des österreichischen Staates in Anspruch nimmt, ihm aber keinen Kredit gewährt, um die massiven Umsatzrückgänge zu verdauen?

Klein- und Mittelbetrieben als Motor aus der Krise!

90 Prozent aller Jobs in diesem Land entstehen in den Klein- und Mittelbetrieben, sie sind das Herz unserer Wirtschaft. Und gerade die KMUs entpuppen sich jetzt als der Motor aus der Krise!

Von einer Unterstützung durch die Banken ist dabei aber nichts zu spüren. Die vielen Kleinunternehmer müssen für eine Misere die Zeche zahlen, die sie nicht verursacht haben. Denn haben die KMUs bis dato wenig von der Wirtschaftskrise gespürt, ist die Krise mit diesem Quartal beim Klein- und Mittelstand angelangt. Die Industrie beklagt Auftragsrückgänge von bis zu 40 Prozent, mit weitreichenden Folgen für die zahlreichen Zulieferbetriebe in diesem Land.

Banken können jetzt punkten – oder sich weiter wegdrücken!

Gerade die Tiroler Landesbank HYPO, aber auch die BTV und die vielen Raiffeisenregionalstellen und die Raiffeisenlandesbank können sich jetzt bewähren, indem sie in wirt-



Derzeit hört man von vielen Unternehmern, dass sie bei ihrem Bankbesuch um jeden Cent betteln müssen.

schaftlich schwierigen Zeiten zu ihren Kunden stehen! Die Verantwortung dazu hätten sie.

Kommentar von Ing. Helmuth Paolazzi

Wirtschaftskammer: Service sucht man besser anderswo

Verbunden mit einem Bezirkswechsel stand im Oktober eine Firmensitzänderung auf meiner Agenda. Soweit, so gut, dachte ich. Als Pflichtmitglied der Tiroler Wirtschaftskammer erwartete ich mir, nach einem einmaligen Besuch der Selbigen, die Sache schnell und unbürokratisch zu erledigen.

Soweit, so naiv. Denn mein Besuch bei der Wirtschaftskammer gestaltete sich wie folgt: Die für Firmensitzänderungen zuständige Dienststelle drückte mir freundlich ein Formular in die Hand.

Dieses Formular sei bitte auszufüllen und an die zuständigen Stellen der Landesregierung, der Bezirkshaupt-

mannschaft und des Stadtmagistrats zu überbringen. Ein Anliegen, vier Wege.

Sieht so der Service der Wirtschaftskammer gegenüber seinen Mitgliedern aus?

Als Pflichtmitglied erwarte ich mir, daß all diese Schritte von der Kammer direkt erledigt werden und zwar inklusive einer eventuellen Ummeldung von Firmenautos. Vor Jahren hatte ich ein ähnliches Anliegen mit dem für mich gleichen Ergebnis: Hoher Aufwand für mich, null Service von Seiten der Kammer. Ich habe geglaubt, dass sich hier etwas zum Wohle der Mitglieder geändert hat. Das ist leider nicht der Fall. Jetzt frage ich mich aber, welche konkreten Leistun-

gen der Wirtschaftskammer rechtfertigen eigentlich meine Pflichtmitgliedschaft?

Wenn die Wirtschaftskammer als die Interessensvertretung der Unternehmer und Unternehmerinnen in diesem Land wahrgenommen werden will, sollte hier schnell ein Umdenken stattfinden. Dann braucht sich die Kammer nicht mehr über unzufriedene Mitglieder wundern und wir uns nicht mehr über fehlenden Service beklagen!



Erfolgreiche Initiative des RFW

Tourismusgebühr für Tankstellen gesenkt

Auf Initiative des RFW Tirol wurde jetzt die Senkung der Tourismusgebühr im Tankstellengewerbe erreicht. Ab 01. Jänner 2010 wird die umsatzabhängige Abgabe jährlich um 40 Prozent abgesenkt.

Im Juni 2007 wurde von Joe Bellinger, Fachgruppe der Garagen-, Tankstellen- und Servicestationen der Wirtschaftskammer Tirol der erste Antrag zur Senkung der Tourismusabgabe für Treibstoffhändler gestellt. Nach über zwei Jahren des Beharrens, erneuter Anträge sowie Gesprächen mit den Verantwortlichen ist es nun fix:

Der am 09. Juni im Wirtschaftsparlament heiß diskutierte RFW-Antrag wurde in einer anschließenden Besprechung einer Lösung zugeführt. An dieser Unterredung teilgenommen haben: Dr. Gerhard Föger vom Amt für Tourismus des Landes Tirol, WKT Präsident Dr. Jürgen Bodenseer und WKT Direktor Horst Wallner sowie Joe Bellinger und Winfried Vescoli vom RFW Tirol:

Die in diesem Gespräch vereinbarte Lösung wurde jetzt offiziell bestätigt: Ab 01. Jänner 2010 wird die Abgabe um 40 Prozent abgesenkt. Für Tankstellenbetreiber werden nunmehr 30 Prozent des Umsatzes an Treibstoffverkäufen als Bemessungsgrundlage herangezogen. Damit steht fest, dass die RFW-Forderung nach einer massiven Reduzierung der Tourismusgebühr für das Tankstellengewerbe durchgesetzt wurde!

Die Höhe der Tourismusabgabe richtet sich nach den Umsätzen gemäß § 31 des Tiroler Tourismusgesetzes. Von dieser Bemessungsgrundlage ist ein bestimmter Prozentsatz, der sich daran misst, wie

viel die jeweilige Branche vom Tourismus profitiert, an das Land zu leisten. Diese Bemessungsgrundlage wurde jetzt dank Initiative des RFW, nach einem neuen Schlüssel berechnet. Damit ist die wirtschaftliche Verhältnismäßigkeit der Abgabe wieder sichergestellt.

Die Tourismusabgabe – ein schwerer Brocken für die Tankstellen

„Die Tiroler Tankstellen profitieren vom Tourismus und sollen auch einen Beitrag leisten. Diese Branche steht aber vor dem Problem, dass die Höhe des Umsatzes keinen brauchbaren Index für den wirtschaftlichen Erfolg darstellt.

Aus diesem Grund haben wir eine Abgabenhöhe gefordert und durchgesetzt, die den wirtschaftlichen Realitäten dieser Branche entspricht“, so Joe Bellinger.

Beispiele zeigen Unverhältnismäßigkeit auf

Der stellv. Obmann des RFW Tirol führt hierfür zwei Beispiele an: Eine Tankstelle aus dem Zillertal, die bei einem Jahresgewinn von 40.000 Euro, jährlich 2.400 Euro an Tourismusabgabe zu leisten hat.

Ebenfalls drastisch das Beispiel einer Großtankstelle aus dem Unterland, die mit acht Millionen verkauften Liter pro Jahr – bei einer durchschnittlichen Handelsspanne von zwei Cent pro Liter – rund 160.000 Euro Gewinn erwirtschaftet. Abzüglich der Lohnkosten und sonstiger Abgaben bleibt ein Ertrag von 24.000 Euro. Davon ist eine Tourismusabgabe in der Höhe von rund 9.760 Euro zu bezahlen! Das entspricht einem halben Arbeitsplatz oder über 30 Prozent des Jahresgewinnes.



Seit 2 Jahren kämpfen Joe Bellinger, RFW-Sprecher der Tankstellen und RFW-Landesobmann Winfried Vescoli für eine Absenkung der Tourismusbeiträge, gerade für Tankstellen. Der Grund für diesen Kampf ist die Berechnung der Tourismusabgabe nach Umsätzen. Tankstellen weisen einen hohen Umsatz aus, die Gewinnmargen sind aber minimalst: Ein Beispiel: Es gibt Tankstellen die bei einem Jahresgewinn von 40.000 Euro einen Tourismusbetrag von 2.400.-- Euro zu leisten haben. „Da reden wir von mehr als 5% des Gewinnes,“ so Bellinger.

Schiefelage für Tirol beseitigt - Erfolg für RFW Tirol mit Bellinger und Vescoli

Die Abhängigkeit der Tankstellenbetreiber von den Mineralölkonzernen macht sich derzeit vor allem bei den Jahreserträgen bemerkbar: Die Gewinnspannen sind gering und wie kaum in einer anderen Branche fremdbestimmt. Österreichweit schreiben 70 Prozent aller Tankstellen rote Zahlen, eine Abgabe in der Größenordnung von derzeit 5.000 bis über 10.000 Euro jährlich sind gerade für kleine Tankstellenpächter schlicht nicht finanzierbar.

„Kein anderes Bundesland verlangt von seinen Unternehmen derart hohe Tourismusbeiträge. Diese Schiefelage wurde jetzt zumindest für die Tiroler Tankstellenbetreiber beseitigt“, so Winfried Vescoli, Obmann des RFW Tirol abschließend.

Service

Rückerstattung der NOVA

Durch das Ökologisierungsgesetz wurde die Normverbrauchsabgabe (NOVA) letztes Jahr neu geregelt. Der NOVA unterliegt die Erstanschaffung von Personenkraftwagen und Krafträdern bzw. ihre Erstzulassung im Inland (beim Eigenimport).

Die Höhe der NOVA richtet sich bei Personenkraftwagen nach dem Verbrauch bzw. bei Krafträdern nach dem Hubraum und beträgt bis zu 16 Prozent des Nettopreises.

Von der NOVA befreit sind z. B. Miet-, Taxi- bzw. Fahrschulfahrzeuge, Fahrzeuge für Krankentransporte oder Einsatzfahrzeuge von Feuerwehren. Seit dem 1. 7. 2008 erhöht bzw. verringert sich die Normverbrauchsabgabe entsprechend dem CO₂-Ausstoß des Fahrzeuges (Bonus-Malus-System).

Für Fahrzeuge mit einem CO₂-Ausstoß von weniger als 120g/km verringert sich die NOVA um bis zu 300 Euro. Bei Fahrzeugen mit einem umweltfreundlichen Antriebsmotor (z. B. Hybridantrieb, Erdgas, Biogas, Flüssiggas bzw. Wasserstoff) beträgt die Reduktion bis zu

500 Euro. Für Fahrzeuge mit einem CO₂-Ausstoß von mehr als 180g/km erhöht sich die NOVA um 25 Euro pro übersteigendem g/km. Bei einem CO₂-Ausstoß von z.B. 250g/km beträgt der Malus 1.750 Euro.

Jetzt wurde klargestellt, dass dieses Bonus-Malus-System bei jenen Fahrzeugen, die bereits vor dem 1. 7. 2008 in der EU zugelassen waren und nach Österreich importiert wurden, dem EU-Recht widerspricht. Aus diesem Grund können Fahrzeugbesitzer, die seit dem 1. 7. 2008 einen Malus für ihren Fahrzeugimport aus der EU abgeführt haben, dessen Rückerstattung beim Finanzamt beantragen.



Anspruchsverzinsung

Wie in den Vorjahren beginnt auch heuer am 1. Oktober wieder die Frist für die Anspruchsverzinsung zu laufen. Für die Zeit vom 1. Oktober bis zur Zustellung des Steuer-

Veranlagung 2008 ein Guthaben ergeben, werden die Anspruchszinsen gutgeschrieben. Derzeit beträgt der Zinssatz 2,38 Prozent pro Jahr.



erbescheides 2008 werden vom Finanzamt für Einkommen- und Körperschaftsteuernachzahlungen so genannte Anspruchszinsen verrechnet. Sollte sich aus der

Die Anspruchszinsen können durch eine freiwillige Anzahlung in Höhe der zu erwartenden Steuernachzahlung vermieden werden. Die Höhe der Anzahlung muss selbst berechnet und unter der Bezeichnung „E 1-12/2008“ (Einkommensteuer) bzw. „K 1-12/2008“ (Körperschaftsteuer) auf das Finanzamtkonto einbezahlt werden. Da die Anspruchszinsen nicht als Betriebsausgabe abgesetzt werden können, empfiehlt sich eine Überprüfung der Steuernachzahlung für das Jahr 2008. Allerdings unterliegen auch die Guthabenszinsen nicht der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer. Wird die Anzahlung über das betriebliche Kontokorrentkonto bezahlt, kann eine daraus entstehende Zinsbelastung als Betriebsausgabe abgesetzt werden.

Für Steuernachzahlungen gibt es einen kleinen Zinsvorteil, der beachtet werden sollte.

Wenn die Höhe der Anspruchszinsen weniger als 50 Euro beträgt, werden diese nicht festgesetzt. Dadurch ergibt sich beispielsweise, dass eine Nachzahlung der Einkommens- bzw. Körperschaftsteuer in Höhe von 10.000 Euro bis Mitte Dezember zinsfrei bleibt.



RFW-Resolution an die Bundesregierung

Lehrstellenplätze: Talfahrt muß gestoppt werden

Es ist ein Faktum, dass seit dem Start des neuen Lehrlingspaketes im Juli 2008 Österreich weit sinkende Erstjahrlernzahlen von



Maßnahmen zum Stop der Talfahrt bei den Lehrstellenplätzen sind das Gebot der Stunde.

bis zu 17% pro Bundesland zu verzeichnen sind.

Um ihr Versprechen, jedem Jugendlichen einen Lehrplatz zu garantieren, einzuhalten, wählt die Bundesregierung dabei einen völlig falschen Weg, der nämlich die betriebliche Lehrlingsausbildung umgeht und den Ausbildungsstand

dard im Land gefährdet. Obwohl die ganze Welt unser duales Ausbildungssystem kopiert, bereiten Hundstorfer und Mitterlehner den Untergang dieser Erfolgsgeschichte vor. Damit steht die österreichische Erfolgsgeschichte am Scheideweg. Wenn die Wirtschaft jetzt nicht reagiert, beginnt der letzte Akt einer Begräbnisvorbereitung des dualen Systems bzw. der endgültige Ausverkauf der Lehre im privatwirtschaftlichen Bereich und der Schaden für den Wirtschaftsstandort ist nicht mehr beherrschbar.

Für jeden Kenner der dualen Ausbildung in Österreich ist klar, dass es seit Jahrzehnten die KMU's sind, die die Hauptlast der Lehrlingsausbildung tragen. Wenn nun tausende Betriebe oft nicht mehr in der Lage sind, Lehrstellen zur Verfügung zu stellen, muss dagegen etwas „Wirksames“ unternommen werden.

Statt politisch motivierte Ersatzbildungsplätze wie überbetriebliche Lehrstätten oder Schulungsprogramme um viele Millionen Euro zu schaffen, die nicht mit der Ausbildungsqualität von ech-

ten betrieblichen Lehrstellen verglichen werden können, sollte man diese öffentlichen Geldern wieder in die Betriebe investieren, um nachhaltige Ausbildungsqualität zu sichern.

Dies kann nur nach dem Konzept des erfolgreichen Modells des Blum Bonus erfolgen. Nur mit diesem Modell der Lehrstellenförderung kann man zusätzliche Lehrstellen schaffen und so der Jugend eine echte Zukunft bieten.

Daher verabschiedete der RFW-Bundesvorstand in seiner Sitzung in Graz folgende

RESOLUTION

Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Blum Bonus neu, nämlich einen Treuebonus für Betriebe, die den Lehrlingsstand des Vorjahres halten, und einen Zusatzlichkeitsbonus an alle Betriebe und Branchen für max. zwei zusätzliche Lehrlinge einzuführen, damit die Talfahrt der betrieblichen Lehrplätze gestoppt und damit das hohe Ausbildungsniveau am Wirtschaftsstandort Österreich gesichert wird.



Die einseitige Kündigung des Vertrages mit der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft ist ein gravierender Einschnitt in die medizinische Versorgungssicherheit der Versicherten und darf nicht lapidar abgehandelt werden.

Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft:

Vertragskündigung der Ärztekammer muss sofort bereinigt werden!

Die einseitige Kündigung des Vertrages mit der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft ist ein gravierender Einschnitt in die medizinische Versorgungssicherheit der Versicherten und darf nicht lapidar abgehandelt werden.

Nachdem die Verhandler seit mehr als einem Jahr kein Ergebnis erzielt haben, steht Präsident Leitl nun unter Zugzwang und sollte diese wichtige Angelegenheit zur Chefsache erklären. Hunderttausende Versicherte brauchen einen gut funktionierenden Versicherungsschutz, der ihnen beste medizinische Betreuung garantiert, schließlich zahlen sie mit ihren Beiträgen auch dafür.

Als völlig inakzeptabel bewertet RFW-Bundesobmann Amann die Handlungsweise der Ärztekammer, die offenbar in der Wirtschaft die Melkkuh des Systems sieht. Diese Vorgangsweise geht schon fast in Richtung Nötigung und vergiftet damit das künftige Verhandlungsklima. Mit solchen überzogenen Reaktionen wird es schwer sein, für beide Seiten ein vernünftiges Ergebnis zu erzielen. Trotzdem muss die Wirtschaftskammer alles daran setzen, um den sich abzeichnenden vertragsfreien Zustand zu verhindern. Darum braucht es Gespräche und keine Trotzreaktionen. Klar muss der Ärzteschaft aber sein, dass Leistungen nur gerecht entlohnt wer-

den können und die Kostenreduktionsargumente der Wirtschaft durchaus gerechtfertigt sind.

Amann jedenfalls erwartet sich eine Lösung für die Versicherten. Was nicht sein kann, ist die Tatsache, dass die Versicherten in Honorarvorlage gehen und dann nur einen Teil der Kosten aufgrund der internen Tarifgestaltung erhalten.

Sollte die Ärztekammer weiter aufstur schalten, dann muss man seitens der Versicherungsanstalt zur Knochenarbeit übergehen und Einzelverträge abschließen. Es gibt genug Vertragspartner in der Ärzteschaft, die nicht auf Verhandlungsergebnisse der Ärztekammer angewiesen sind.

Amtshilfedurchführungsgesetz neu

Das neue Amtshilfe-Durchführungsgesetz sieht die Verpflichtung der Kreditinstitute vor, aufgrund eines ausländischen Amtshilfeersuchens Auskünfte zu erteilen und Unterlagen herauszugeben. Die Durchbrechung des Bankgeheimnisses war bisher nur bei einem eingeleiteten Strafverfahren wegen eines vorsätzlichen Delikts möglich.

Das Gesetz sieht aber auch ein Rechtsschutzverfahren zu Gunsten des Bankkunden vor. Das ausländi-

sche Ansuchen wird von der österreichischen Finanzverwaltung zuerst geprüft. Wenn die Voraussetzungen für einen Informationsaustausch vorliegen, wird die betroffene Person darüber und über den wesentlichen Inhalt informiert. Dem Bankkunden steht es dann frei, innerhalb einer Antragsfrist von 14 Tagen, einen Bescheid über das Vorliegen, der für die Durchbrechung des Bankgeheimnisses maßgeblichen Voraussetzungen, zu stellen. Dieser Bescheid kann bis

zu den Höchstgerichten angefochten werden.

Die internationale Amtshilfe soll nur nach Ausschöpfung aller Ermittlungsmöglichkeiten des ausländischen Staates geleistet werden. Ein Ersuchen zur Beweisausforschung ohne konkreten Bezug auf bestimmte Personen ist ausgeschlossen. Im rein innerstaatlichen Bereich tritt in Bezug auf die Schutzwirkung des Bankgeheimnisses keine Änderung ein. (Quelle VN)

Kommentar Komm.Rat Winfried Waibel

Finanzkrise

- wie geht es weiter?

Wie wird sich die Weltwirtschaft nach der Finanzkrise weiterentwickeln?

Unter dieser Überschrift habe ich im September aufgrund der bekannten Vorkommnisse meine Gedanken und Vermutungen veröffentlicht. Ich stellte den Dollar als „Weltreservewährung“ in Frage und habe auf China, Indien, Russland und die arabischen Ölstaaten unter anderem verwiesen. Nun, es hat sich in den wenigen Wochen seither einiges getan.

Klammheimlich haben sich China, Russland, Japan und Brasilien „getroffen“ um festzustellen: Das hohe Haushaltsdefizit der USA wird zum Problem. Schatzscheine der USA sind nicht mehr so sicher, wie sie einmal waren.

Der schwache Dollar wirft die Frage auf, ob er noch als fixe Währung für den gesamten Erdölhandel geeignet ist und gleichzeitig offensichtlich auch den Wirtschaftsaufschwung in Frage stellt.

China hat aus seinen Rücklagen 400 Mrd. Dollar für Infrastrukturprojekte in die heimische Wirtschaft gepumpt und prompt innerhalb von 3 Monaten fast 9 % Wirtschaftsaufschwung verzeichnet.

Im Gegensatz dazu hört man aus den USA über die Wirtschaft immer noch schlechtere Werte. Die neueste Horrormeldung ist, dass die Boeing Luftfahrtindustrie riesige Verluste in Milliardenhöhe eingefahren hat.

Selbst der neue FED Chef gibt

sich vor dem Repräsentantenhaus sehr skeptisch über die derzeitige Wirtschaftslage der USA. Weltbank Chef Zoellik deutet gar an, die alte Weltwirtschaftsordnung wanke, die dominante Rolle des Dollars als Reservewährung könnte wanken. Als Ersatz könnte eventuell ein Topf aus Dollar, Euro und vielleicht der chinesischen Währung die Zukunft sein. Voraussetzung dafür wäre eine neu zu schaffende Weltzentralbank.

Und wie geht es uns in Österreich? Die Schulden steigen! Es sind aber nicht die neuen Schulden zur Ankurbelung der Wirtschaft das Problem. Vielmehr sind jene Schulden, die in Zeiten von Hochkonjunktur dazugekommen sind, anstatt alte Schulden abzubauen, heute die Gefahr. Wir werden zweistellige Milliardenbeträge dafür aufbringen müssen. Dies tut weh, vor allem bei verminderten Steuereinnahmen, höheren Kosten für Soziales, für Pensionen usw.

Im Wissen der Krise wurden von den beiden „Groß-Mittel-Parteien“ noch wenige Tage vor den letzten Wahlen neue Belastungen und Geschenke beschlossen. Wie sollen diese riesigen Schulden jemals abgebaut werden?

Trotz aller gegenseitigen Behauptungen werden wir ohne „Kürzungen von „wohlerworbenen Rechten“ nicht herum kommen.

Eine Mehrwertsteuererhöhung ist aufgrund der schon maximalen Höhe fast nicht möglich. Kürzungen der Bundeszuschüsse an die Länder bzw. eine absolut notwendige Verwaltungsreform dürfte gegen die Mauer der vereinten



Landeshauptleute nur sehr schwer durchführbar werden. Eventuell käme eine schon oft genannte Steuer auf die riesigen internationalen Geldströme aus reinen Spekulationsgründen in Frage. Bereits minimale Teile von Prozenten ergäben riesige Beträge. Voraussetzung ist allerdings, dass die wesentlichen wirtschaftlich starken Staaten dabei mitmachen. Allerdings ist bereits bei den USA und England ein großes Fragezeichen zu setzen.

Positiv – eine Inflation ist meiner Meinung nach in absehbarer Zeit noch kein Thema. Es fehlt derzeit die eigentliche Kapazitätsauslastung der Wirtschaft, weiters wird die Arbeitslosenzahl auch nächstes Jahr noch steigen, wobei die jetzigen Zahlen bereits einer Inflation entgegenstehen.

Auf lange Sicht ist allerdings festzuhalten, dass eine eingeschränkte Inflation zum Abbau der Schulden beitragen kann. Alle werden, auch wir, kleinere Brötchen backen müssen.

Zusätzliche Werbemöglichkeit für Meisterbetriebe

Gütesiegel Meisterbetrieb

Gewerbebetriebe, deren Inhaber oder gewerberechtliche Geschäftsführer die Meisterprüfung erfolgreich abgelegt haben, dürfen im geschäftlichen Verkehr ein den betreffenden Betrieb als „Meisterbetrieb“ kennzeichnendes Gütesiegel verwenden. Der Wirtschaftsminister hat durch Verordnung ein solches Gütesiegel festgelegt (BGBl II 2009/313).

Bei Verwendung sind die vorgegebenen Relationen einzuhalten. Die Farbgebung hat grundsätzlich der Vorlage des BGBl II 2009/313 zu entsprechen (stilisierter Adler in Weiß auf rotem Hintergrund, rote Umrandung, Schrift schwarz; die nicht in Schwarz dargestellten Teile dürfen auch in Schwarz wiedergegeben werden).

Das Gütesiegel darf im geschäftlichen Verkehr des betreffenden Meisterbetriebes verwendet werden. Zulässig sind die Verwendung insbesondere in der Geschäftskorrespondenz, im Internetauftritt, bei PR-Aktivitäten sowie das Anbringen auf Betriebsmitteln (z.B. auf Kraftfahrzeugen). Auf den in Verkehr zu bringenden Waren darf das Gütesiegel nicht angebracht werden.

Durch die Verwendung des Gütesiegels können Meisterbetriebe ein Zeichen für ihre Ausbildung, ihren Einsatz und ihre Qualität setzen. Kunden sollen dadurch leicht erkennen können, welcher Betrieb seine handwerklichen und unternehmerischen Fähigkeiten mit einer Meisterprüfung bereits unter Beweis gestellt hat.



Das neue Gütesiegel

Das Gütesiegel „Meisterbetrieb“ kann selbst angefertigt werden, aus dem Bundesgesetzblatt (www.ris.bka.gv.at) oder aus dem Internet der WKO heruntergeladen werden (wko.at).

Sicherheit von PCs, Laptops und EDV-Anlagen



Erst wenn die EDV nicht mehr funktioniert, wird einem bewußt, wie abhängig man von dieser Technik ist. Doch wie kann man die EDV sicherer machen und somit vor Ausfällen schützen.

Gefahrenquellen: Eine der größten Gefahren selbst ist der Anwender. Ein Großteil der Schäden im Softwarebereich entstehen durch den leichtsinnigen Umgang mit der Internetverbindung. Durch das

World Wide Web werden Viren, Trojaner, Würmer Spyware und ähnliches auf den Computer eingeschleppt. Diese zerstören Programme und führen zum Ausfall der EDV. Virus & Co werden durch Mails von unbekanntem dubiosen Absendern auf den Computer eingeschleppt.

Gefahren bestehen auch bei Aufruf von Seiten mit aggressiv beworbenen Inhalten (z.B. Spiele- und Sexseiten). Dort können sich aktive Inhalte z.B. Scripts, Pop-ups und dergleichen befinden, die unerwünschte Programme am eigenen Computer zum Laufen bringen.

Viren & Co können ernsthafte Schäden an der EDV verursachen: Die Funktionalität der Programme wird beeinträchtigt, gestört oder zerstört, es kann ein Datenverlust eintreten, es kann ein Datenklau durch fremde Personen stattfinden.

Wodurch kann mehr Sicherheit erreicht werden? Bei den Anwendern

muß ein Bewußtsein für Sicherheit geschaffen werden. Jeder sollte die Gefahren bei Internet und Mail kennen. Dies führt zu einem aufmerksameren Umgang mit dem Netz.

Sogenannte Firewallprogramme und Virenprogramme sollten auf jedem Rechner und in jedem Netzwerk oberste Priorität haben. Das Sichern von Daten muß in kurzen Intervallen geschehen, so kann man bei Versagen der EDV wichtige Daten retten. Die Rechner müssen vor unberechtigten Zugriffen geschützt sein. Jeder Nutzer darf nur die ihm entsprechenden Rechte auf die Daten haben. Fremde Personen dürfen keinerlei Zugang zu Computern haben. Etwaige Funknetzwerke gehören verschlüsselt, am besten von einem Fachmann.

Vorsicht auch bei Einlegen von Datenträgern wie CD oder DVD, auch darauf können sich gefährliche Programme befinden, die der EDV Schaden zufügen können.



Die Pfuscher

ehrlische Firmen sind die Verlierer

Pfusch, vor allem am Bau, schadet der Wirtschaft, den Sozialversicherungen und den Staatsfinanzen enorm. Rund eine Milliarde Euro gehen der Finanz und den Sozialversicherungen im Jahr verloren, so die Berechnungen des Linzer Volkswirtschaftsprofessors Friedrich Schneider.

Pfusch am Bau hat mehrere Seiten. Einerseits arbeitet der Häuslbauer mit Freunden gerne am Wochenende am Hausbau. Diese guten Bekannten sind aber sehr oft nur gegen Entgelt bereit, mitzuhelfen.

Das größere Problem sind aber die Scheinfirmen, die Aufträge annehmen. Oft werden die Arbeiter sogar angemeldet, aber bevor es zur Zahlung an die Sozialversicherung und an das Finanzamt kommt, geht die Firma in Konkurs. Der Geschäftsführer zieht sich ins Ausland zurück.

Verstärkte Kontrollen

Die Kontrollen werden nun verstärkt. Mitarbeiter der Bauarbeiter Urlaubs- und Abfertigungskasse BUAK, einem der Hauptgeschädigten dieser Praktiken, dürfen seit neuestem die Baustellen betreten, Ausweise der Arbeiter verlangen und die Firma, für die sie arbeiten, feststellen. Dies geschieht zusätzlich zu der KIAB, der

Sondereinheit des Finanzministeriums. Das Geflecht der Scheinfirmen soll mit diesen Maßnahmen aufgedeckt werden.

2008 sind 26.700 Kontrollen durchgeführt worden. Bei rund einem Drittel der Kontrollen stößt man auf Ungeheimheiten. Wird man erwischt, so drohen Steuernachzahlung, Strafsteuer (das Doppelte des hinterzogenen Betrages) und bei Wiederholungstätern Haftstrafen.

Wer Pfuscher beauftragt, geht ein Risiko ein

Die für eine gewerbliche Tätigkeit abgeschlossene Haftpflichtversicherung bietet nur Deckung im Umfang der Gewerbeberechtigung. Pfuscher haben meist überhaupt keine Haftpflichtversicherung. Somit werden Schadensfälle nicht von einer Versicherung gedeckt.

Bei Pfuscharbeiten gibt es keine Garantie und meist auch keine Gewährleistung. Geringe Sachkenntnis bedingt Mängel in der Ausführung. Bei Schadenseintritt ist der Pfuscher meist nicht mehr greifbar bzw. vermögenslos. Kommt es zu Personenschäden, können die finanziellen Folgen dramatisch sein. Personen ohne Gewerbeberechtigung handeln

rechtswidrig, erscheinen daher insgesamt nicht vertrauenswürdig, erfüllen häufig ihre gesetzliche Gewährleistungspflicht nicht und eine Rechtsverfolgung ist bei ihnen erschwert.

Einer Verwaltungsübertretung (Geldstrafe bis zu Euro 2.180,--) macht sich auch der Auftraggeber schuldig, der sich eine Tätigkeit besorgen lässt oder jemanden zu einer Tätigkeit veranlasst, obwohl er wissen musste, dass sich dieser dadurch der unbefugten Gewerbeausübung schuldig macht (§ 367 Z 54 GewO).

In Österreich wird freilich der Pfusch als Kavaliersdelikt von einer breiten Schicht der Bevölkerung gesehen. Anders sehen dies die ehrlichen Firmen, die mit den Pfuscherfirmen in Konkurrenz stehen. Ohne Abgaben an die Sozialversicherungen, ohne Mehrwertsteuer und ohne Finanzabgaben kalkulieren die Pfuscher. Somit verdienen sie, auch wenn sie billiger anbieten, mehr an einem Auftrag.

Eine Abhilfe und eine Unterstützung für die Wirtschaft wäre die Einführung des sogenannten Luxemburger Modells. Bei diesem Steuermodell kann die Mehrwertsteuer auf Bauleistungen auch von Privatpersonen abgezogen werden.



Foto oben: Standen den Unternehmern zur Diskussion zur Verfügung: v.l. RFW-Bundesobmann Ing. Fritz Amann, RFW-Landesobmann Komm.Rat Winfried Vescoli und der Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich, Matthias Krenn.

Foto rechts: Reger Andrang und gute Stimmung herrschte an diesem Abend im Casino.

Foto unten: Taxiunternehmer Wenzel im Gespräch mit Unternehmern



Treffpunkt Wirtschaft in Innsbruck

Großer Andrang herrschte beim 'Treffpunkt Wirtschaft' des RFW im Casino in Innsbruck. RFW-Landeobmann Komm.Rat Winfried Vescoli konnte zahlreiche Unternehmer begrüßen. RFW Bundesobmann Ing. Fritz Amann und der Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich Matthias Krenn standen den Fragen der Besuchern Rede und Antwort.

Ausgiebig wurden wirtschaftsrelevante Themen diskutiert.



Talfahrt am betrieblichen Lehrstellenmarkt!

Aus einem aktuellen Bericht von KommR Egon Blum, Regierungsbeauftragter von 2003 bis 2008, geht hervor, wie drastisch der Rückgang an betrieblichen Lehrstellen derzeit ist: Mit Stand 31. August 2009 sind Österreichweit um 5.587 weniger betriebliche Erstjahr-Lehrstellen zu verzeichnen, ein Minus von 14,9 Prozent! Ähnlich dramatisch die Zahlen für Tirol: 531 weniger betriebliche Erstjahr-Lehrstellen und damit ein Minus von 12,5 Prozent.

„Diese Zahl ist alarmierend, denn sie bedeutet für Tirol dass 531 Jugendlichen eine berufliche Zukunftsperspektive fehlt! Und in weiterer Folge sind das fehlende qualifizierte Mitarbeiter, die in unserer Wirtschaft beim mittelfristig zu erwartenden Wirtschaftsaufschwung wieder fehlen werden“, ist sich KommR Winfried Vescoli, Obmann des RfW Tirol, sicher.

Entsprechende Gegenmaßnahmen von Seiten der Regierung sind für den RfW Landesobmann nicht erkennbar. Die Regierungsvertreter bekunden

zwar nach wie vor ihr Versprechen einer „Ausbildungsplatz-Garantie“, doch auch von den 2008 versprochenen 5.000 zusätzlichen „betrieblichen Lehrstellen“ als „Effekt der erleichterten Lehrlingskündigung“ kann keine Rede sein.

„Gerade die KMUs tragen die Hauptlast der Lehrlingsausbildung, sie bilden je nach Bundesland bis zu über 70 Prozent der Lehrlinge aus. Wenn nun tausende Betriebe nicht mehr in der Lage sind, Jugendlichen einen Lehrplatz zu bieten, muss dagegen etwas unternommen werden“, erklärt KommR Winfried Vescoli.

RfW Tirol für einen „Blum-Bonus NEU“

Der RfW Tirol unterstützt daher die in der Broschüre „Lehrlingsausbildung im Fokus“ vorgestellten Lösungsansatz des ehemaligen Regierungsbeauftragten Blum.

Darin werden folgende zentrale Korrekturmaßnahmen vorgeschlagen:

Treue-Bonus:

2.000 Euro für max. zwei Lehrlinge

pro Unternehmen und Jahr für alle Unternehmen, die den Lehrlingsstand des Vorjahres beibehalten.

Zusätzlichkeits-Bonus:

3.000 Euro für alle Unternehmen, begrenzt für max. 5 Lehrlinge pro Unternehmen, die zusätzliche Lehrlinge aufnehmen und damit ihren Lehrlingsstand gegenüber dem Vorjahr erhöhen.

Qualitätsbonus-Bonus:

3.000 Euro nach einem Qualifikationsnachweis zur Mitte der Lehrzeit. Diese Förderkomponente ist bereits in Umsetzung und wird wesentlich zu einer Verbesserung der Ausbildungsqualität beitragen.

„Wir unterstützen den von Egon Blum geforderten Lösungsansatz, weil er speziell auf die Unterstützung der KMU's abzielt, auf Ausbildungsqualität setzt und zu einem Maximalbetrag von rund 170,5 Millionen Euro echte Lehrstellen schafft“, so KommR Winfried Vescoli abschließend.

RFW-Tirol Tourismussprecher Stefan Draxl fordert die Ausweitung des Saisonier-Kontingentes und Maßnahmen gegen das Überangebot an Tourismusbetten.

Wirtschaftsbund verschläft Handlungsbedarf im Tourismus

In den letzten Jahren hat sich der Kampf um die Saisonier-Bewilligungen entscheidend verschärft. Die untätige Haltung des Wirtschaftsbund ist dafür wesentlich verantwortlich, zumal der Wirtschaftsbund auch beim Thema Tourismus regelmäßig an der eigenen ÖVP-Regierungsmannschaft scheitert. So hat sich der Wirtschaftsbund etwa das Kontingent für Saisonier-Bewilligungen des Jahres 2008 sogar noch halbieren lassen!

Damit werden gerade jene Unternehmer, die vor allem aus Gründen der sprachlichen Verständigung, auf Saisoniers aus Drittländern angewiesen sind von den politischen Entscheidungsträgern in Stich gelassen.

Wirtschaftsbund verschläft die Entwicklung!

In Hinblick auf diese brennende Problematik habe ich als Tourismussprecher des RfW Tirol einen Antrag zur transparenten Darstellung des Mitarbeiterbedarfes unter Einbindung des AMS gestellt, mit dem damit verbundenen Ziel einer Ausweitung des jetzigen Saisonier-Kontingentes. Dieser Antrag wurde vom Wirtschaftsbund und dem Präsidium der Wirtschaftskammer bis heute ignoriert. Damit

beweist der Wirtschaftsbund einmal mehr, dass man zum Thema Saisonier-Bewilligungen eine Vogel-Strauß-Politik betreibt: Kopf in den Sand stecken und die sich stellenden Herausforderungen verschlafen!

Forderung nach einer bedarfsorientierten Baustoppverordnung

Ein weiterer Brennpunkt beschäftigt die Tourismusbranche: Mit Sorge verfolgen wir vom RfW die Entwicklung von Bautätigkeiten im Tiroler Tourismus. Während ansässigen Tiroler Unternehmern häufig die finanziellen Möglichkeiten verschlossen bleiben, werden trotz einem Überangebot an Tourismusbetten von zweckgegründeten Gesellschaften, wie etwa Hotelketten und Investoren, weitere Bettenkapazitäten aufgebaut. Wo bleibt die "bedarfsorientierte" und an Gemeinden "weisungsgebundene" Baustoppverordnung des Landes Tirol?

Gerade kleingewerbliche Vermieter spüren den Preisdruck!

Die Auswirkungen dieser baupolitischen Fehleinschätzungen werden wir in den kommenden Jahren in Form gewaltiger Preisverfälle zu spüren bekommen. Wir vom RfW Tirol



mahnen daher zu einer besonderen Prüfung durch das Land Tirol. Darüber hinaus fordern wir von den politischen Verantwortlichen eine maßvolle Anhebung der bestehenden Freizeitwohnsitzregelung für Tiroler Gemeinden von derzeit 18 Prozent auf 25 Prozent, um den vom Überangebot betroffenen Betrieben eine Ausstiegsvariante aus dem Nächtigungstourismus anzubieten. Statt Hotelbetten können dann beispielsweise attraktive Ferienwohnungen an EU-Bürger vermietet werden. Denn gerade die kleingewerblichen Vermieter in Tirol spüren derzeit den enormen Preisdruck durch Billiganbieter und ohne baldige Maßnahmen zur Stabilisierung der Nächtigungspreise sind diese Betriebe in ihrer Existenz gefährdet! Und die Rolle des Wirtschaftsbund dabei? Bisher keine Stellungnahme – Vogel-Strauß-Politik also auch hier.

Der RfW-Tirol im Internet

www.rfw-tirol.at



Um Wettbewerbsnachteile im Tourismus zu vermeiden, ist es Zeit zu handeln.

FPÖ fordert Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Beherbergung

"Die neue deutsche Regierung unterstützt mit ihrer Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Logis von 19% auf 7 % den Tourismus in Deutschland. In Österreich hört man von der Bundesregierung und von den hierfür zuständigen Ministern immer nur Ausreden, warum eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes nicht möglich ist. Dabei zeigen diesbezügliche Studien, dass ein weiterer ermäßigter Steuersatz durchaus im Bereich des Möglichen ist. Unser heimischer Tourismus braucht in

wirtschaftlich schwierigen Zeiten jede Unterstützung, um am internationalen Markt keine Wettbewerbsnachteile zu haben." Dies stellt der Tourismussprecher des FPÖ-Parlamentsklubs, NAbg. Mag. Roman Haider, fest.

Es sei Zeit zu handeln: "Vor allem die deutschen Gäste, welche als sehr preissensibel gelten, müssten gehalten werden. Jede Veränderung beim Aufkommen unserer deutschen Gäste würde eine große Auswirkung

auf den Gesamttourismus darstellen", betont Haider.

"Wir Freiheitlichen werden daher auch einen, vom Obmann des Tourismusausschusses im Parlament Maximilian Linder angekündigten, Mehrparteienantrag unterstützen. Es ist nur zu hoffen, dass sich auch alle Parteien der Problematik bewusst sind und es sich bei der Unterstützung des heimischen Tourismus nicht wieder nur um Lippenbekenntnisse handelt", so Haider abschließend.

Bundesregierung hat Bankenpaket ohne Gegenleistung gewährt!

Matznetter Kritik an Banken ist peinlich!

SPÖ Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter kritisierte die Banken, dass zuwenige ERP-Kredite abgewickelt worden sind. Konkret meint er dabei Kleinkredite bis 30.000.- Euro.

Kritisiert wird diese Aussage vom RFW-Bundesobmann Fritz Amann, der die Schuld des Geld-Zurückhaltens bei der Regierung sieht.

"Das Gejammer von SP-Matznetter ist scheinheilig und unehrlich. Es wäre ein Leichtes gewesen, die ERP Kredite im Sinne der mittelständischen Wirtschaft rasch und unbürokratisch abzuwickeln. Man hätte schlicht und einfach die Abwicklung der ERP Kredite als zwingende Vereinbarung ins Bankenpaket mitaufnehmen müssen. Weiters wäre die verstaatlichte Kommunalkredit dazu das geeignete Institut für KMU Kreditvergaben gewesen. Aber auch das hat man seitens der Genossen versäumt und so hat man mit vielen Steuermilliarden zwar versucht zu sanieren, ohne dabei aber einen wirklichen Nutzen zu haben," so Amann.

Natürlich sei es nicht nachvollzieh-

bar, dass die Banken in der Abwicklung der ERP Kredite zaghaft bis gar nicht tätig seien. Auch die Erhöhung der Abwicklungsgebühr von Euro 500.- auf Euro 1.000.- hat bisher nicht den gewünschten Effekt erzielt. Das hätte aber allen Beteiligten klar sein müssen, dass niemand gerne freiwillig ein Minusgeschäft mache. Im Nachhinein Jammeren zeige nur wie inkompetent die Regierung ist und wie leichtfertig sie mit Steuergeld umgehe.

"Damit habe sich die gesamte Bundesregierung wieder einmal blamiert, leider zum Nachteil der KMUs,



Das Milliardenpaket für die Banken kommt nicht bei den KMUs an.

die die Zeche für diese Inkompetenz bezahlen müssen," sagt Amann.

Neues Buch: *Die Tipps der Millionäre*



Ihre persönliche Strategie
zur finanziellen Freiheit

Autor: Markus Leyacker-Schatzl

Markus Leyacker-Schatzl, Finanzberater und Buchautor, entwickelt gemeinsam mit Ihnen Ihre persönliche Strategie zu finanzieller und innerer Freiheit. Er präsentiert Ihnen in diesem Buch die wichtigsten 13 Tipps der Millionäre, die Essenz der Strategien der Reichen, und zeigt Ihnen wie einfach Sie diese in Ihrem Leben umsetzen können.

Jetzt im Buchhandel oder auf: www.erfolgsbuch.at



Superpraktikant

Auf der Website des Senders ATV gibt es mehrere Suchanzeigen. Bauer sucht Frau, Mutter (Vater) gesucht, Suche der neuen Miss Austria, nach sonstigen zukünftigen Stars, Superstars, Super-Extra-Stars usw.

Und mittendrin unser aller Super-Superstar Josef Pröll. Und der sucht jetzt den Superpraktikanten.

Ihr Agilus glaubte zuerst an eine böswillige Nachricht aus dem Lager derer, die den Pröll halt nicht so mögen.



Foto: Warner Bros. Pictures

„Du willst das begehrteste Praktikum des Landes? Du willst eine Woche an der Seite von Josef Pröll verbringen? – Bewirb dich jetzt“ alles nachzulesen auf superpraktikant.at.

Das begehrteste Praktikum? An der Seite von Pröll? Eine ganze Woche? Zwickt's mi, i man i tram.

Da bemühen sich renommierte Firmen, Verbände, die Wirtschaftskammern und wer weiß noch, die Jugend sinnvoll auszubilden, entsprechende Praktika am Arbeitsplatz anzubieten, Schnupperlehren werden organisiert, Auslandsstipendien vergeben, alles vergeblich.

Der wahre Superjob ist eine Woche bei einem – sagen wir's nett – durchschnittlichen Politiker. Wenn das kein Signal für die Jugend ist, was dann?

Ah ja – fast hätte es Ihr Agilus vergessen – ein paar Highlights werden dem Superman (oder der Superfrau) versprochen, z.B. der Jägerball (mit Pröll), der Nachtslalom in Schladming (mit Pröll) und weitere Höhepunkte (mit Pröll, versteht sich).

Am Schluß winkt als Lohn „eine Woche Urlaub zur Erholung“. Auch er würde Erholung nach einer Woche Pröll dringend benötigen, meint

Ihr
Agilus

„Bemerkenswert“

Gedanken

„Aktiengesellschaft: Eine raffinierte Einrichtung zur Bereicherung ohne persönliche Verantwortung.“
Ambrose Bierce, US Schriftsteller

„Aufpassen muß man auf Minister, die nichts ohne Geld machen können und auf Minister, die alles nur mit Geld machen wollen.“
Indira Gandhi, indische Politikerin

In der Politik ist es manchmal wie in der Grammatik: Ein Fehler, den alle begehen, wird schließlich als Regel anerkannt.“
André Malraux, frz. Schriftsteller und Politiker

„Es gibt Leute, die gut zahlen, die schlecht zahlen, Leute, die prompt zahlen, die nie zahlen, Leute, die schleppend zahlen, die bar zahlen, abzahlen, draufzahlen, heimzahlen - nur Leute, die gern zahlen, die gibt es nicht.“
Georg Christoph Lichtenberg, dt. Schriftsteller und Physiker

„Die meisten Frauen setzen alles daran, einen Mann zu ändern, und wenn sie ihn dann geändert haben, dann mögen sie ihn nicht mehr.“
Marlene Dietrich, dt. Schauspielerin

„Die Gesellschaft setzt sich aus nur zwei großen Klassen zusammen: Die einen haben mehr Mahlzeiten als Appetit, die anderen weit mehr Appetit als Mahlzeiten.“
Sébastien Chamfort, frz. Schriftsteller

„Sinn des Lebens: etwas, das keiner genau weiß. Jedenfalls hat es wenig Sinn, der reichste Mann auf dem Friedhof zu sein.“
Peter Ustinov, engl. Schriftsteller und Schauspieler

„Wenn man 50 Euro Schulden hat, ist man ein Schnorrer. Hat jemand 50.000 Euro Schulden, ist er ein Geschäftsmann. Wer 50 Millionen Euro Schulden hat, ist ein Finanzgenie.“
Anonym

Wirtschaftskammerwahl 2010

Die Karten werden neu gemischt

RFW Tirol

der **Joker** in der
Wirtschaftskammer



Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreiber (RFW) - Tirol, Große Neugasse 28/1, 1040 Wien
Tel.: 01/4082520-16, Fax 01/4082520-20; tirol@rfw.at; www.rfw-tirol.at

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber: Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreiber (RFW), Landesorganisation Oberösterreich, ZVR-Nr.: 284146541, 4020 Linz, Pochestraße 3, zugl. Anschrift Redaktion, Verwaltung, Anzeigen. Redaktion Tirol: Komm.Rat Winfried Vescoli. Druck: Wiesinger, Wels.

- Ich möchte für meine Branche bei der Wirtschaftskammerwahl 2010 kandidieren, nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
- Ich möchte dem RFW beitreten
- Schicken Sie mir Informationen

Name.....

Adresse.....

Telefon.....

**Ring Freiheitlicher
Wirtschaftstreiber**
Große Neugasse 28/1
1040 Wien